

Critical Youth Work als Ansatz politischer Bildung

Die Politisierung eines Arbeitsfelds angesichts aktueller Herausforderungen

Nicht erst mit den Ergebnissen der Europawahl steht die politische Bildung vor großen Herausforderungen: Wie umgehen mit einer erstarkenden Rechten, die die Arbeit und Konzeption demokratieorientierter politischer Bildung ablehnt? Wie umgehen mit Anfeindungen und mit der Strategie, durch den Verweis auf eine irgendwie geartete Neutralitätsverpflichtung die Deutungshoheit über Bildungs- und Jugendarbeitsdiskurse zu erlangen? Youth Work als europäischer Rahmen einer herausgeforderten politischen Bildung böte den Raum für konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung hin zu einer Critical Youth Work, die Antworten auf die genannten Fragen geben kann. von Georg Pirker

*„Und ich dachte irgendwie in Europa stirbt man nie.“
Die Nerven, „Europa“*

Bei der Betrachtung der Europawahl (vgl. als Überblick: Hofmann-van de Poll 2024; Pirker 2024 und die Beiträge in dieser Ausgabe) lassen sich mit Blick auf junge Menschen in Europa grob zwei Trends festmachen: Sie gaben ihre Stimme an Parteien und Menschen, die ihrer Meinung nach authentischer mit bestehenden Herausforderungen umzugehen versprechen. Und: Junge Menschen wählen rechts-konservativ bis extrem rechts – und zwar in verschiedenen Ländern. Bei aller Unterschiedlichkeit der Wahlsysteme, der biografisch durchaus unterschiedlichen Herausforderungen, vor denen junge Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU stehen, und vor allem unter Berücksichtigung dessen, dass wir zum Wahlverhalten junger Menschen europaweit kaum vergleichbare Daten haben, ist der Rechtstrend beunruhigend. Man kann festhalten, dass Europa als Projektionsfläche rechter Politikentwürfe eine zentrale Rolle in der Mobilisierung spielt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament stark abzuschneiden, war ein wichtiges Anliegen auch rechter Parteien, da sie die EU – anders als in der Vergangenheit – für das Vo-

rantreiben der eigenen ausgrenzenden Politikagenda zu nutzen suchen.

Bei der Betrachtung der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg fällt auf, dass weniger das Thema Europa im Fokus stand, jedoch mit den Fragen nach dem Umgang mit dem Krieg in der Ukraine (bzw. Frieden mit Russland, US-Atomwaffen), mit den Themen Zuwanderung/Asylpolitik (Sicherheit, Migration) und dem Thema Soziale Sicherheit gleich drei bedeutende Fragen europäischer und internationaler Politik Gegenstand der Auseinandersetzung waren. Bei den Landtagswahlen bestätigte sich der Trend zum rechtsextremen Votum auch bei der jungen Generation. Zieht man zum Vergleich die jüngsten Wahlen zum Nationalrat in Österreich vom September 2024 heran, liegt in der jüngeren Alterskohorte ebenfalls die rechtsextreme FPÖ deutlich vorn. Bei der französischen Parlamentswahl im Juni 2024 haben junge Menschen mehrheitlich das Linksbündnis gewählt, jedoch lag auch hier der *Rassemblement National* an zweiter Stelle. Gerade was die starken Ergebnisse für Rechts betrifft, haben junge Menschen analog zur Generation der bis 50-Jährigen gewählt, wenngleich mit der Betonung, dass die Altersgruppe der bis 24-Jährigen demographisch

eine absolute Minderheit darstellt und prozentual keinen signifikanten Beitrag zu den Wahlergebnissen beisteuert – weder bei den Landtagswahlen noch bei der Europawahl. Das soll den alarmierenden Befund, dass in der Altersgruppe rechte Parteien die größten Stimmzuwächse erreicht haben, nicht kleinreden. Das Gros der Wählenden sind Adressat*innen der Erwachsenenbildung, mit Überschneidungen zu Jugendbildung in der Gruppe junger Erwachsener. Trotz einer Vielzahl an Bundesprogrammen, Initiativen und Finanzmitteln und Angeboten, die sich der Stärkung der Demokratie, der Prävention von Extremismus und dem gesellschaftlichen Dialog verschrieben haben, unterscheiden sich die Wahlergebnisse bei der Europawahl in Deutschland nicht signifikant zu anderen Ländern, in denen es gar keine – der deutschen vergleichbare – politische Bildung gibt. Das gibt zu denken.

Es ist sicherlich nicht falsch, wenn man konstatiert, dass die Wahlen vor dem Hintergrund einer in vielerlei Hinsicht seit Jahren krisenhaften, strapazierten, verunsicherten und herausgeforderten gesellschaftspolitischen Situation stattfinden, und auch, dass Politik vielerorts in Europa nicht in der Lage zu sein scheint, Wähler*innen Antworten auf die bestehenden Herausforderungen zu liefern. Der Soziologe *Ivan Krastev* formuliert: „Man muss sich klarmachen, dass das Tempo der Transformationen, dazu Krieg, Inflation, Revolution des gesamten Alltagslebens, Migration, einfach viele in Panik versetzt. (...) Linke wie Rechte arbeiten beide mit einer Vorstellung vom Ende der Menschheit – die einen wegen des Klimas, die anderen weil sie fürchten, sie seien die letzten Franzosen, Deutschen, Italiener oder Engländer. Das ist für die Demokratie ein großes Problem, denn sie lebt davon, dass die Zukunft offen ist. Wenn sie das nicht mehr ist, braucht man die Demokratie in den Augen vieler womöglich nicht mehr.“ (Krastev 2024)

Krastev dockt mit seiner Äußerung an die Überlegungen *Zygmunt Baumanns* an, die dieser in seiner Abhandlung „Liquid Times – Living in an Age of Uncertainty“ zum Dilemma der liberalen Demokratien, eine rational organisierte positive Fortschrittserzählung aufrechtzuhalten, anstellt. Gesellschaftssysteme, die qua Vernunft und rationaler Organisation keinen sozialen Mehrwert mehr zu organisieren in der Lage sind als den des permanenten individuellen Jagens und gejagt Werdens, geraten in erhebliche Legitimationsschwierigkeiten (vgl. Bauman 2007).

Mit Bezug auf Europa zeichnet sich ebendies ab: Die Zukunft der EU ist nicht selbstverständlich, sondern muss angesichts des genozidalen russischen Angriffskriegs in der Ukraine, aber auch angesichts der schwierigen gesell-

schaftlichen Aushandlungsprozesse um den Umgang mit den bestehenden Transformationen neu verhandelt und somit auch vermittelt werden. Klimatransformation und stotterndes Wachstum bedeuten Einschränkungen und vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen scheint die Maxime „Wohlstand für Alle“ wohl neu gefasst werden zu müssen. „Hierfür sind das Verständnis und die weitere Unterstützung der Bevölkerung unabdingbar, insbesondere aber auch der jungen Generation, die Zugänge zur europäischen Politik und deren Gestaltung finden muss“, wie *Barbara Tham* richtig anmerkt (2022, S. 12). Gerade diesbezüglich stellt sich natürlich die Frage, ob junge Menschen in den Wahlen nicht recht eindeutig ihren Zugang zur europäischen Politik dargestellt haben. Auch wird ersichtlich, dass es eben nicht nur um die Vermittlung von Europa geht, die irgendwie gemanagt werden muss.

Die Zukunft der EU ist nicht selbstverständlich, sondern muss angesichts des genozidalen russischen Angriffskriegs in der Ukraine, aber auch angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse um den Umgang mit den bestehenden Transformationen neu verhandelt und somit auch vermittelt werden.

Auch der Europarat stellt in der *Reykjavik Declaration* fest: „Our European democracies are not established once and for all. We need to strive to uphold them each and every day, continuously, in all parts of our continent.“ (Europarat 2023) Dass die auf Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fußende zentrale Europäische Organisation selbst die Gefahr der Finalität der Demokratie benennt, ist ein einmaliger Vorgang und untermauert den Ernst der Lage nachdrücklich.

Demokratie braucht politische Bildung

Wahlverhalten und politische Bildung

Politische Jugendbildung als ein Teil von *Youth Work* geht von den Interessen junger Menschen aus und ist →

den Leitideen von Emanzipation, Mündigkeit und demokratischer Selbstwirksamkeit verpflichtet.

Was heißt das aber konkret? Angesichts der Wahlergebnisse kommen einige Fragen auf: Wie kann es sein, dass in Deutschland junge Menschen (eigentlich die komplette Alterskohorte bis 49) überproportional und bewusst extrem rechts wählen? Haben wir mit der Vielzahl an programmatischen Angeboten politischer Bildung, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einsetzt, diese Gruppen überhaupt erreicht? Junge Menschen haben gewählt wie ihre Elterngeneration: Wo findet der Emanzipationsprozess statt? Wie verhält sich eine bewusste Wahlentscheidung für Nicht-Demokraten zum Ziel politischer Mündigkeit? Im Umkehrschluss: Welche Ansätze sollten wir in der politischen Bildung verfolgen, um politische Bildungsangebote als elementaren Bestandteil demokratischer Prozesse zu verankern? Wo stehen wir mit den Angeboten europapolitischer Bildung und internationaler Begegnungsarbeit eigentlich und wie lassen sich diese Angebote angesichts offenbar diametral entgegengesetzten Wahlverhaltens lesen?

Politische Jugendbildung als ein Teil von Youth Work, geht von den Interessen junger Menschen aus und ist den Leitideen von Emanzipation, Mündigkeit und demokratischer Selbstwirksamkeit verpflichtet.

Soviel sei an dieser Stelle angemerkt: Ich kann zu ersterem Frageblock eine Menge vermuten und diesen mit dem vorliegenden Artikel nicht beantworten, denke aber, dass es extrem wichtig wäre sich diesen Fragen zu stellen. Ich möchte aber versuchen, aus der Perspektive aktueller Entwicklungen in der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit einige Anregungen zur Vertiefung und zur Weiterentwicklung zu geben.

Europapolitische Bildung, Begegnungsarbeit und politische Bildung – ein Spannungsdreieck

Klassischerweise verbindet man im deutschen Diskurs mit Europapolitischer Bildung zwei verschiedene Felder politischer Bildung: Ein *erstes Feld* ist im engeren Sinne die Institutionenkunde im politischen Mehrebenensystem

der EU. Europa spielt in einer ganzen Reihe von den Alltag betreffenden Politikfeldern eine entscheidende Rolle. Dabei geht es zum einen um das Verstehen des Zusammenwirkens der europäischen Institutionen und der Kompetenzen in unterschiedlichen Politikfeldern im Verhältnis zu den Nationalstaaten. Diese Dimension lässt sich pointiert beschreiben als die des Politik Lernens und Verstehens als Voraussetzung für Beteiligung. Methodisch beliebt sind dabei Simulationen, Planspiele, Model Europe Parlamente, die eben dieses Verstehen befördern sollen. Im Prinzip bildet dies auch die Erwartung von Politik an politische Bildung ab, nämlich kritisch denkend, aber dem Affirmativen verhaftet zu agieren.



Die (Un-)Konferenz „Critical Youth Work“ im Mai 2024 in der EJBW
Foto: EJBW

Ausgehend von der Kenntnis der Institutionen und der konkreten Verantwortungs- und Regelungsinstrumente, die die verschiedenen Ebenen europäischer Politiken miteinander verbinden, sind es jedoch die individuellen Zugänge, aus denen sich die europäische Dimension und die Spannungsfelder und Herausforderungen an demokratische Gemeinwesen herausarbeiten lassen. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf die durch die europäischen Vertragswerke garantierten vier Grundfreiheiten sowie die verschiedenen institutionell und rechtlich gefassten Grundrechte, Bürgerrechte und verbrieften Menschenrechte. *Andreas Eis* beschreibt dies sinngemäß als Ansatz, Europäisierung/Globalisierung im Spannungsfeld von Politik und Alltagserfahrung als Entgrenzungs- und Ausgrenzungserfahrungen zu untersuchen, vor deren Hintergrund europapolitisches Lernen in den europäisch vergemeinschafteten Mehrebenensystemen anzusiedeln ist (vgl. Eis 2015). Mit diesem Lernen des Politischen wird eine Voraussetzung für kritische Politisierung und politisches Handeln geschaffen.

Das *zweite Feld*, in welchem der außerschulische Kontext eine besonders wichtige Rolle spielt, ist das Feld europäischer und internationaler Bildungs- und vor allem Begegnungsarbeit als konkretes Ausgestaltungs- und Verhandlungsfeld der europäischen Idee(n). Zunehmend kommt dabei auch der Raum in den Blick, in welchem sich generelles Interesse junger Menschen an Internationalem artikuliert. In den berühmten *Mobilitäten zu Lernzwecken* – seien dies nun Gruppenbegegnungen, Klassenaustausche, individuelle Programme oder Freiwilligendienste – öffnen sich vielfach Felder des politischen und sozialen Lernens und der Persönlichkeitsbildung. Eben jene Auseinandersetzung mit dem Politischen als Gegenstand internationaler Begegnungen bildet einen voraussetzungs- und mühevollen Prozess, den politische Bildung im Kontext von internationaler Begegnungsarbeit zu gehen hat, nämlich freiwillig die Ebene der eigenen sprachlichen Deutungshoheit (Muttersprache) in der Internationalen Jugendarbeit (IJA) zu verlassen (vgl. Schäfer 2021). Im Rekurs auf die internationale sozialwissenschaftliche Theorie muss man – und das ist ein Verdienst von Schäfers Abhandlung – betonen, dass die Aushandlung dessen, was in der Begegnungsarbeit als politische Bildung zu bezeichnen ist, stark kontextuell von den fachlichen Diskursen in den jeweiligen Partnerländern geprägt ist. Diese wiederum sind wesensbildend für Anliegen und Konzeption der jeweiligen *politischen Bildung*. Im europäischen Diskurs bieten diesbezüglich die Begrifflichkeiten von *Education for Democratic Citizenship*, *Human Rights Education*, *Democracy Learning* und *Youth Work* die konzeptionelle Ebene für fachliche Verständigung.

Verschiedene im *RAY-Forschungsnetzwerk* (Research and Analysis on Youth Issues in European Mobility Programs; www.researchyouth.net) in den letzten Jahren durchgeführte Studien zur Wirkung der europäischen Jugendprogramme weisen auf erhebliche Anteile politischer Bildungsprozesse der Teilnehmenden im Kontext europäischer Programme im Jugendbereich hin (vgl. RAY 2022; 2024a und b). Jedoch besteht hinsichtlich des Lernens von Demokratie eine signifikante Diskrepanz zwischen der Einschätzung von Teamenden und der Einschätzung von Teilnehmenden zu den jeweiligen Anteilen: Zwar geben 38 % aller Projektteams in Erasmus+ an, zum Thema Demokratie inhaltlich gearbeitet zu haben. Aber nur 26 % der Projektteilnehmenden schätzen ein, dass sie zum Thema Demokratie etwas gelernt haben (vgl. RAY 2024a). Um der Frage nach den unterschiedlichen Einschätzungen näher zu kommen, könnte die Beantwortung der eingangs an-

hand der Wahlergebnisse formulierten Fragen an politische Bildung möglicherweise einen Baustein liefern.

Der Ansatz der Begegnungsarbeit, im Prozess auf die demokratischen Politiken innerhalb der Strukturen (Bildungsanbieter, Programme) und die individuelle Erfahrung des Politischen als Spannung, Infragestellung, Aushandlung und somit Sozialisation abzielen, ist gerade vor dem Hintergrund unterschiedlicher Verortungen politischer Bildung im Kontext der jeweiligen Partnerschaften voraussetzungsvoll. Er spiegelt für den deutschen Kontext das im SGB VIII formulierte Anliegen an Jugendarbeit als transversale politische Bildung. Es besteht jedoch für die Begegnungsarbeit eine erhebliche Herausforderung, implizite Elemente des Politischen und explizite Elemente politischer Bildung zu identifizieren und insbesondere diese in einen konkreten Bezug zu Politik zu setzen. Hier verhält es sich für Begegnungsarbeit im Übrigen nicht anders als für jeden Kontext von Jugendarbeit und politischer Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die wechselseitige Verortung von IJA und politischer Bildung

In Deutschland bestehen viele konzeptionelle Verknüpfungen zwischen internationaler Begegnungsarbeit und politischer Bildung als im SGB VIII geforderter Querschnittsaufgabe. Es gibt eine Vielzahl an Schwerpunktsetzungen der internationalen Begegnungsarbeit: zu historisch-politischem Lernen und Gedenkstättenarbeit im Kontext internationaler Arbeit, zu Fragen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development), zur politischen Dimension internationaler Begegnungen (vgl. Böttger/Frech/Thimmel 2016), zur Verbindung interkulturellen Lernens und politischer Bildung im Konzept reflexiver Internationalität (vgl. Thimmel 2016). Aktuell sehen wir eine verstärkte Rückbesinnung der internationalen Begegnungsarbeit hin zu Demokratie und Menschenrechten als zentrale Aufgabenfelder. Gerade letzteres ist eine klare Reaktion auf den weltweiten *Authoritarian Turn*, das Aufkommen illiberaler Demokratien in Europa (und darüber hinaus), das Erstarken rechter bis extrem rechter Parteien, die Negierung des europäischen Wertegerüsts durch den russischen Angriffskrieg oder den Terror der Hamas vom 7. Oktober 2023. Sie gehen einher mit dem Phänomen der Einschränkung demokratischer Räume (shrinking democratic spaces), welches internationale Bildungsarbeit und partnerschaftliche Begegnungsarbeit seit langem herausfordert. Mit dem Erstarken der AfD ist dieses Phänomen ganz konkret auch als politisches Problem in der politi- →

schen Bildung in Deutschland angekommen. Man müsste annehmen, dass sich hieraus eine stärkere Verschränkung der Felder ergibt. Jedoch besteht gerade im Feld außerschulischer politischer Bildung nach wie vor eine seltsame Tendenz zur Auslagerung des Europäischen/Internationalen in einen Teilbereich politischer Bildung fort.

Sowohl die institutionelle Fokussierung einer europapolitischen Bildung als auch die Spezialisierung auf den Kontext von Begegnungsarbeit stellen meiner Meinung nach eine Verkürzung dar, da sie eine strukturelle demokratiepolitische Ebene auslassen. Das schwierige Unterfangen, politische Bildung und Internationales wechselseitig zu verorten, spiegelt die diskursive Engführung, in der sich in Deutschland die einer Förderlogik folgenden Fach- und Handlungsfelder sowohl im Bereich der Jugend- wie auch der Erwachsenenbildung ableiten. Die eigentliche Gefahr der Infragestellung des gesetzlich verankerten Handlungsauftrags der Jugendarbeit zu politischer Bildung (und damit auch die eminent wichtige Bedeutung politischer Bildung für unsere Gemeinwesen) tritt dabei in den Hintergrund.

Ohne Europa geht es nicht.

Themen politischer Bildung wie Klimawandel, Digitalisierung, Pluralität, soziale Spaltung sind Kernfelder europäischer Politik. Fragen sozialer und beruflicher Teilhabe, eines gelingenden Aufwachsens, von Gleichberechtigung und Antidiskriminierung von Kindheit an, sind eng verknüpft mit der Ausgestaltung der europäischen Säule sozialer Rechte und den dazugehörigen nationalen Politiken. Wie wir die gesellschaftspolitische Dimension der Transformationen jugendgerecht, demokratisch und menschenrechtskonform gestalten, ist Kern der Bemühungen des Europarats um die Jugendperspektive, ebenso wie das Anliegen der neuen EU-Kommission um intergenerationellen Ausgleich und die verschiedenen unter dem Stichwort *Youth Mainstreaming* gefassten europäischen und nationalen Politiken, die Perspektiven junger Menschen umfassend zu berücksichtigen. Dies in Hinsicht auf Jugendbeteiligung (bspw. durch den EU-Jugenddialog und die Nationalen Aktionspläne der Kinder- und Jugendbeteiligung), auf Gesetzesfolgenabschätzung (EU-Jugendtest, Jugendcheck) und auf Jugendforschung (EU-Jugendbericht sowie Kinder- und Jugendberichte in Deutschland).

Ohne Europa geht es nicht. Betrachtet man die Felder inhaltlich genauer, so ist eine unmittelbare Verbindung der

Transformationen zu globaler sozialer Gerechtigkeit ebenso augenscheinlich, wie zum Komplex der herausgeforderten Demokratie auf allen Ebenen. Das passive Agieren des Sektors bezüglich Europa erscheint gerade angesichts der Herausforderungen als fahrlässig. „Particularly in Western and Central European countries with a long and legally, structurally and institutionally anchored youth work tradition, the question of the relevance of European documents and publications reveals a somewhat defensive attitude, claiming that European concepts and documents have no or hardly any added value to existing (local) youth work traditions.“ (Hoffmann-van de Poll 2024) Die Entwicklungen um *shrinking spaces*, die Infragestellung und Verfolgung von Akteuren die sich für gesellschaftliche Vielfalt, demokratische Freiheiten und Grundrechte einsetzen, sind konkret, in vielen Ländern schon seit längerer Zeit. Dass europäisches Handeln nötig wird, hat die EU-Kommission erkannt: Mit dem *defend democracy package*, dem *Grundrechtemonitoring zu Shrinking Democratic Space* (EU Grundrechteagentur), den *Rule of Law Reports* sind auf der Europäischen Ebene erste Instrumente geschaffen worden. Nach wie vor nimmt der deutsche Diskurs um Jugend- und Erwachsenenbildung maßgebliche europäische Rahmensetzungen nicht oder nur beiläufig und verspätet zur Kenntnis – vielleicht, weil er sich europäisch weder bildungs- noch jugendpolitisch verortet. Die Stimme gerade des deutschen Fachdiskurses (eigentlich eine Stärke einer inhaltlich dicht und fachlich gut sortiert aufgestellten Trägerlandschaft) ist auf europäischer Ebene so gut wie abwesend. Andersherum gefragt: Können wir es uns wirklich leisten, angesichts der dargestellten elementaren Herausforderung an Demokratie parallele und weithin abgegrenzte Fachdiskurse zu führen? Um auf europäischer Ebene den Diskurs mitzugestalten braucht es starke europäische zivilgesellschaftliche Organisationen. Das kleine europäische Netzwerk *DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe*, dem der AdB angehört, bildet zusammen mit der europäischen *Stiftung Solidar* die einzige zivilgesellschaftliche europäische Fachorganisation die einen expliziten Fokus politischer Bildung in den politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs einzubringen in der Lage ist. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen vor denen wir in Bezug auf Demokratie und Bildung in Europa stehen, gelingt dies nur im Verbund mit starken Partnern, wie der *European Lifelong Learning Platform*, dem *Europäischen Jugendforum*, der *European Association for the Education of Adults* (EAEA), die für einen breiteren Ansatz von Bildung, Jugendverbandsarbeit, Erwachsenenbildung stehen.

Youth Work

Mit der *Youth Work Agenda* besteht auf europäischer Ebene ein Politikrahmen, der für die politische Bildung in Deutschland erhebliche Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bietet. In letzter Konsequenz ermöglicht sie, anders als die fördertechnische Orientierung, einen Entwicklungspfad hin zum demokratiepolitischen Agieren des Sektors der außerschulischen Bildung. *Youth Work* ist eine Brücke zum Feld der menschenrechtsbasierten und auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Sozialen Arbeit (vgl. Global Definition of Social Work in International Federation of Social Work 2014). Insbesondere die Selbstdefinition Sozialer Arbeit als menschenrechtsbasierte und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Praxis und akademische Profession, die zu sozialem Wandel und sozialer Entwicklung beiträgt, bietet dem Professionsfeld politischer Bildner*innen wertvolle Anknüpfungspunkte. Im Zusammenwirken der Arbeitsfelder gelingt eine Aufwertung der fachspezifischen außerschulischen politischen Bildung gegenüber dem (nicht nur) in Deutschland extrem auf formale Bildung fokussierten Bildungsdiskurs. Denn die „systematische Verortung von Politischer Bildung in der Sozialen Arbeit – sowohl als Querschnittsaufgabe als auch als Arbeitsfeld – kann davor schützen, außerschulische Politische Bildung nach Maßstäben der schulischen Politischen Bildung zu bewerten. Auch die immer neue, meist zeitgeistbedingte Instrumentalisierung Politischer Bildung zur Lösung sozialer Probleme, Konflikte und Krisen, bspw. Extremismusprävention und Demokratiepädagogik, verkennt den spezifischen Eigenwert Politischer Bildung als Teil von non-formaler Jugendbildung und – ein hier nur angedeutetes Problemfeld – der Erwachsenenbildung.“ (Thimmel/Schäfer 2020) Mehr noch: In der Aufwertung non-formaler Bildung bietet *Youth Work* auf diese Weise tatsächlich ein europäisches Fachfeld, welches strukturell und konzeptionell entsprechendes Gewicht hätte, um die Fixierung auf affirmatives Politik-Verstehen und -Lernen in formaler Bildung auszutariieren. Demokratie braucht politische Bildung. Um *Oskar Negt* zu bemühen: Demokratie als die einzige Staatsform, die gelernt werden muss, ist auf Bildung existenziell angewiesen. Bezogen auf das gemeinsame Arbeitsfeld „Jugend“, angesiedelt zwischen Bildungs- und Sozialpolitik, „kann man sagen, dass trotz der tiefen Verankerung partizipatorischer und zivilgesellschaftlicher Standards in der Jugendarbeit und Jugendpolitik, trotz der breiten Netzwerkbildung zwischen Subjekten und Akteuren in unserem Arbeitsbereich, trotz der vielfältigen Kooperationen und der Existenz unterschiedlichster

und bunter Assoziationen, es uns nur bedingt, aber nicht grundlegend gelungen ist, diverse soziale und ausgegrenzte Gruppen in unsere Praxis einzubeziehen (verteidigen), dabei (selbst-)kritisch die gängige und vielfach selbstgefällige Praxis zu hinterfragen (kritisieren) und vor allem alternative, nachhaltige Konzepte für eine grundlegend bessere Praxis zu entwickeln (überwinden).“ (Schild 2022, S. 31) *Hanjo Schild*s Befund erscheint angesichts der Wahlergebnisse bedenkenswerter denn je, gerade im Hinblick auf nicht erreichten Gruppen.

Youth Work + politische Bildung = Critical Youth Work

Europa braucht eine „andere Form der Öffentlichkeit, mehr Orte und Gelegenheiten, mehr Bereitschaft zuzuhören, mehr Dialog über Europa. Jugendarbeit, Jugendhilfe und politische Bildung haben die wichtige Aufgabe, diese Orte und Gelegenheiten für eine neue Erzählung von Europa zu schaffen.“ (Wicke/von Hebel 2016, S. 28) Durch die Formate der europapolitischen Bildung wie auch der Internationalen Begegnungsarbeit geschieht diesbezüglich eine Menge – und man soll mich nicht falsch verstehen: Es wird dort extrem gute Arbeit geleistet. Jedoch benötigt es, um sich den immensen Herausforderungen zu stellen, vor denen Demokratie und damit auch politische Bildung steht, eine konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung, die auch an internationale Fachlichkeit und Praxis andocken kann.

Mit der Formulierung der Gedanken zu *Critical Youth Work* haben wir eine Konzeption vorgestellt, die Raum eröffnet für die verschiedenen Diskurse, die zur Weiterentwicklung *politischer Bildung/Education for Democratic Citizenship/Youth Work* im internationalen Kontext verhelfen (vgl. Thimmel/Pirker 2024). *Critical Youth Work* greift demnach konzeptionell die international geführten Fachdebatten auf, die in der Erfahrung der Einengungen von Handlungsräumen eine Politisierung des Arbeitsfelds *Youth Work* forcieren. Sie stehen parallel zur Entwicklung des Konzepts kritischer politischer Bildung in Deutschland. Unter Rückgriff auf grundsätzliche Positionen der demokratischen Ausrichtungen von Bildung (Democracy, Education and Learning) lassen sich diesbezüglich *John Dewey*s Ansatz der Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche nennen, aber auch *Paolo Freires* Konzept einer Pädagogik der Unterdrückten sowie *Miles Hortons* Gedanken des *bootlegging education* als Wechselverhältnis zwischen affirmativer und kritischer Bildung und der Ansatz kritischer Pädagogik, den der Soziologe *Henry Giroux* formuliert. →

Die konzeptionellen Antworten sind als Bestandteile eines erst am Anfang stehenden transnationalen Diskurses über *Youth Work* und *Critical Citizenship* anzusehen. Für die Verknüpfung hin zum Sozialen lassen sich hier die im US-amerikanischen Kontext von *Velure Roholt/Baizerman* (2018) entwickelten Ideen des *Civic Youth Work* anführen, die eine an sozialer Arbeit und Jugendselbstorganisation formulierte emanzipatorische Perspektive lokaler Jugendarbeit einbringen.



Arbeitsgruppe während der (Un-)Konferenz „Critical Youth Work“
Foto: EJBW

Die der europäischen Jugendpolitik zugrundeliegenden Handlungsfelder *Education for Democratic Citizenship*, *Human Rights Education and intercultural learning* aufgreifend, wird die Idee eines *Critical Youth Citizenship* formuliert (vgl. Ohana 2020). Sie steht für eine Weiterentwicklung der „intercultural political education“ (Ohana/Otten 2012) und fordert eine Re-Politisierung, im Sinne einer an gesellschaftlicher Machtanalyse ausgerichteten interkulturellen non-formalen Bildung.

Sergio Xavier (2022) greift als Sozialwissenschaftler *Youth Work* auf und entwirft das Konzept einer „Radical Education“, als eine radikale Auseinandersetzung non-formaler Bildungs- und Jugendarbeit in Bezug auf einen formalen und affirmativen Bildungsbegriff. Sie basiert auf Kritik eines Verständnisses liberaler Demokratie als Endpunkt einer Entwicklung im Sinne von *Francis Fukuyamas* postuliertem Ende der Geschichte. *Xaviers* Synthese der *Radical Education* steht damit einer kritischen politischen Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nahe, nach der „politisches, kollektives Handeln in der Lage ist, Neues und Unerwartetes in die Welt zu bringen, welches unter Umständen auch zu (radikalen) Veränderungen führen kann“ (Wenzler/Kusber 2024, S. 372).

Mit der gleichnamigen (Un-)Konferenz *Critical Youth Work* haben wir seitens der *AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildung* die Gedanken aufgegriffen. Wir haben versucht, ein entsprechendes Entwicklungs- und Handlungsfeld für kritische politische Bildung abzustecken: als Gestaltungsrahmen, der *Youth Work* als soziale, politische und emanzipatorische non-formale Praxis anerkennt, als Praxis des kritischen Be- und Hinterfragens und der kritischen Reflexion der eigenen Praxis (in konzeptioneller und struktureller Hinsicht), als ein in Europa in Entwicklung befindliches Professionsfeld, das Evidenz, Bildungspraxis und Advocacy im Sinne einer Entwicklung hin zum demokratiepolitischen Akteur gehen kann. Dies auch vor der Notwendigkeit, sich stark zu machen für ein Arbeitsfeld *Youth Work* und non-formaler Bildung, das in der Lage ist, ein Gegengewicht zu einem auf affirmatives Politiklernen und Bestätigen fokussierten Begriff formaler politischer Bildung zu bilden. Vor den Herausforderungen, die wir demokratiepolitisch zu leisten haben, erscheint das sinnvoll.

In diesem Zusammenhang ist das als ein wesentliches Element von *Critical Youth Work* identifizierte Zurückweisen, Unterlaufen und Kritisieren der stetigen Gefahr einer Instrumentalisierung von Jugendarbeit ebenso besonders hervorzuheben wie der Verweis auf die Wertgebundenheit von Jugendarbeit und der ihr zugrundeliegenden Orientierungsrahmen (wie internationale rechtlich relevante Vereinbarungen und Resolutionen). Man kann sich *Stephan Schäfer* nur anschließen, wenn er formuliert: „Nicht Bildung und Demokratie im herkömmlich verstandenen Sinn und Verhältnis, sondern Konzepte kritischer Bildung und radikaler Demokratie, die ihre eigene Grundlosigkeit und Unbestimmbarkeit reflektieren und zum Ausgangspunkt nehmen, sind die Antwort auf das, was aktuell unter dem Topos der Postdemokratie beschrieben ist und gegen die sich eine Stärkung der politischen Dimension internationaler Jugendarbeit zu richten hat.“ (Schäfer 2021, S. 128)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2024

Zum Autor



Georg Pirker ist Referent für internationale Bildungsarbeit im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e. V. und aktuell Vorsitzender des AGJ-Fachausschusses II Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa.

pirker@adb.de

Literatur

Bauman, Zygmunt (2007): Liquid Times – Living in the Age of Uncertainty. Cambridge: Polity Press

Böttger, Gottfried / Frech, Siegfried / Thimmel, Andreas (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Eis, Andreas (2015): Europa; www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193095/europa (Zugriff: 07.10.2024)

Europarat (2023): Reykjavík Declaration „United around our Values“; <https://edoc.coe.int/en/the-council-of-europe-in-brief/11619-united-around-our-values-reykjavik-declaration.html> (Zugriff: 07.10.2024)

Hoffmann-van de Poll, Frederike (2024): European Youth Work Developments and Challenges—A Meta-Synthesis. In: Youth – Beyond Youth Development: Generating Alternative Narratives of Change in Youth Work; <https://doi.org/10.3390/youth4030075> (Zugriff: 06.10.2024)

International Federation of Social Work (2014): Global Definition of Social Work, www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work (Zugriff: 07.10.2024)

Krastev, Ivan (2024): „Haben die Linke ihre Stimme verloren, Herr Krastev?“ Gespräch mit Ivan Krastev. In: Die Zeit Nr. 33 vom 1. August 2024, S. 2

Ohana, Yael (2020): What’s politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical youth citizenship. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 2/2020, S. 30–33

Ohana, Yael / Otten, Hendrik (Hrsg.) (2012): Where do you stand? Intercultural Learning and Political Education in Contemporary Europe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Pirker, Georg (2024): Europäische Politik für Kinder und Jugendliche – wo stehen wir? Einige Überlegungen. In: FORUM Jugendhilfe. Fachzeitschrift für Praxis, Theorie und Studium der Kinder- und Jugendhilfe, 2/2024, S. 4–10

RAY – Research-based Analysis of European youth Programmes (2022): Participation and Citizenship education and learning in European youth Programmes – Transnational Analysis 2019–2021, verfasst von Helmut Fennes und Susanne Gadinger. Wien; https://researchyouth.net/wp-content/uploads/2022/12/RAY-PART_Research-Report_20221212_final.pdf (Zugriff: 07.10.2024)

RAY – Research-based Analysis of European youth Programmes (2024a): Demokratie als Thema und Methode in den europäischen Jugendprogrammen

RAY – Research-based Analysis of European youth Programmes (2024b): Erasmus+ Youth in Action and active citizenship; www.researchyouth.net/factsheets/participation-citizenship (Zugriff: 07.10.2024)

Schäfer, Stefan (2021): Politische Theorie in internationale Begegnungen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Schild, Hanjo (2022): Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten. Oder: von der Unzufriedenheit zum Aufbruch und zur Veränderung In: JUGEND für Europa (Hrsg.): Let’s be a miracle. Festschrift zum Ruhestand von Hans-Georg Wicke, S. 28–33; www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/publikationen/let-s-be-a-miracle.4351 (Zugriff: 07.10.2024)

Tham, Barbara (2022): Europäische Chancen und Herausforderungen. In: JUGEND für Europa (Hrsg.): Let’s be a miracle. Festschrift zum Ruhestand von Hans-Georg Wicke, S. 10–15; www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/publikationen/let-s-be-a-miracle.4351 (Zugriff: 07.10.2024)

Thimmel Andreas / Pirker, Georg (2024): Critical Youth Work. In: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 439–449

Thimmel, Andreas (2016): Die politische Dimension in der internationalen Jugendarbeit. In: Böttger, Gottfried / Frech, Siegfried / Thimmel, Andreas (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 61–73

Thimmel, Andreas / Schäfer, Stefan (2020): Politische Bildung und Soziale Arbeit; <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/bildungsbereiche/soziale-arbeit> (Zugriff: 07.10.2024)

Velure Roholt, Ross / Baizerman, Michael (2018): Evaluating Civic Youth Work. Illustrative Evaluation Designs and Methodologies for Complex Youth Program Evaluations. Oxford: Oxford University Press

Wenzler, Nils / Kusber, Maurice (2024): Politische Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 368–377

Wicke, Hans-Georg / Hebel, Manfred von (2016): Is Europe really lost? Jugend- und bildungspolitische Betrachtungen über den Umgang mit dem Widerspruch zwischen europäischem Alltag und politischer Realität. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 4/2016, S. 21–28

Xavier, Sergio (2022): Radical Education. A pathway for new utopias and reimagining European. Brüssel: EU